

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung 10% Rabatt. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 52521 unter Gemeinnützige Werkgemeinschaft, Leipzig erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Redaktion: Allgem. Jüdisches Familienblatt, Löhstr. 6.
Alle Zuschriften und Sendungen nur an die
Geschäftsstelle
Druckerei der Werkgemeinschaft, Brüderstr. 19, Telefon 27 489
Erscheint Freitags — Redaktionsschluß Dienstag mittags.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt,
wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreise: Für Leipzig 50 Pfg. monatlich, auswärts 70 Pfg. (inklusive Zustellgebühr). Abonnements nehmen alle Postämter entgegen. Streifband-Berzug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.— Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.20 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle Brüderstraße 19, Dresden A. 1, L. Gerber Georgplatz 2.

Erfahrungen und Lehren.

Die letzte Woche war voll von schweren Erlebnissen für das deutsche Judentum. Die antijüdische Stimmung, die seit einem Jahrzehnt in der deutschen Bevölkerung genährt wird, entlud sich in einer Reihe von Demonstrationen, die zeigten, mit welchen Tatsachen die Juden in ihrem täglichen Leben nunmehr in Deutschland zu rechnen haben. Wir wollen uns hier nicht damit aufhalten, über die Zwischenfälle in einer großen Anzahl deutscher Städte zu berichten, wo jüdische Geschäfte vorübergehend zum Schließen ihrer Tore gezwungen waren und wo eine aktive Propaganda zum Boykott dieser Geschäfte durchgeführt wurde. Es ist festzustellen, daß die Zentralregierung, die Polizeigewalt, und an manchen Orten auch die nationalsozialistische Parteileitung, gegen diese zwangsweise Schließung von Geschäften eingeschritten ist, und nach den letzten Erklärungen des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers ist zu hoffen, daß sich derartige Vorfälle nicht mehr ereignen werden. Freilich sind die Kundgebungen der Regierungsmitglieder in dieser Frage nicht einheitlich; Reichsminister Göring, zugleich kommissarischer preußischer Polizeiminister, hat z. B. in seiner Essener Rede erklärt, er verwahre sich dagegen, daß man die Polizei als eine Schutztruppe jüdischer Warenhäuser betrachten wolle. Aber man kann wohl annehmen, daß nicht solche gelegentlichen Äußerungen in Wahlreden, sondern die offiziellen Proklamationen der Reichsregierung maßgebend sind. Freilich erhebt sich die Sorge, ob die vielen Millionen fanatisierter Menschen, die Görings Rede gehört und die nationalsozialistischen Zeitungen gelesen haben, auch das innere Verständnis für die Anweisungen der Reichsregierung haben werden. Man muß aber

darauf vertrauen, daß der Appell des Reichskanzlers an die Disziplin der von ihm geführten Bewegung seine Wirkung nicht verfehlen wird. Die Regierung dürfte sich auch der Tatsache nicht verschließen, daß die Betriebe, gegen die sich die Demonstrationen richten, nur in sehr beschränktem Sinne als „jüdisch“ bezeichnet werden können, da durch die Verschlungenheit der Wirtschaftsbeziehungen auch die Interessen zahlreicher Nichtjuden damit verbunden sind. Es handelt sich wohl um Geschäfte, die von Juden gegründet und organisiert wurden, deren Nutzen für die breiten Massen der nichtjüdischen Bevölkerung aber so offenkundig ist, daß durch eine Stilllegung weit mehr Nichtjuden als Juden betroffen würden. Ganz abgesehen davon, daß der Bevölkerung eine Einkaufsmöglichkeit zu billigeren Preisen genommen würde, hängt auch das Schicksal vieler tausende nichtjüdischer Angestellter und Arbeiter an dem Bestand dieser Unternehmungen. Diese Zusammenhänge wirken mitunter stärker als die von Interessenten genährte Agitation. So wird aus einzelnen Orten berichtet, daß auch ein Teil der christlichen Bevölkerung gegen die Schließung der Warenhäuser protestierte, ja in Barmen hat sogar ein im Warenhaus Tietz beschäftigter Nationalsozialist sich an die nationalsozialistische Parteileitung gewandt, die daraufhin die sofortige Aufhebung der erzwungenen Schließung des Warenhauses veranlaßte. Die maßgebenden Faktoren sind sich gewiß darüber im klaren, daß wenn man erst einmal im Geschäftsleben und im Konkurrenzkampf Brachialgewalt zuließe, die Folgen nicht abzusehen wären und gewiß weiter greifen würden als bis zur Schädigung einer Anzahl jüdischer Geschäftsleute. Auch im Interesse des internationalen Warenver-

kehrs, für den sich erst kürzlich auch prominente Nationalsozialisten eingesetzt haben, muß dafür gesorgt werden, daß Störungen, wie sie sich in dieser Woche der Revolution ereignet haben, Episode bleiben.

Dennoch darf nicht verkannt werden, daß die Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz der deutschen Juden auf den verschiedensten Gebieten außerordentlich groß ist. Ebenso schwer aber ist die moralische Not, die sich in diesen Tagen in einer den jüdischen Stolz aufs tiefste beleidigenden Weise entzündet. Bei der „Reinigung“ der verschiedenen Kulturinstitute, Theater etc. wurden jüdische Künstler, die sich große Verdienste erworben haben, entfernt. Charakteristisch aber ist eine Episode, über die die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet. Dort kam es während der Aufführung eines der größten Werke deutscher Kunst, der Beethoven'schen Oper „Fidelio“, zu einem großen Skandal, da während des zweiten Aktes plötzlich Rufe ertönten „Hinaus mit dem Juden Schmidt-Scherf“. Es folgten weitere Rufe „Juden hinaus“ usw., und mitten während dieses Skandals trat der Sänger Schmidt-Scherf, der den Pizzarro sang, an die Rampe und erklärte: „Ich bin kein Jude“. Darauf „ebenhaftes Händeklatschen, aber der Skandal ging weiter und hatte erst ein Ende, als der Sänger Witt (Florestan) seine mit Ketten gefesselten Hände erhob und „im Namen Beethovens“ an das Publikum appellierte, die Würde der Kunst zu wahren. Aus dem weiteren Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“ geht hervor, daß die Mitwirkung von Schmidt-Scherf an dem Rest der Aufführung auf ein Minimum beschränkt wurde. Nun ist uns völlig unbekannt, ob dieser Sänger jüdischer Abstammung ist oder nicht. Wir haben in der letzten Zeit besonders

Deutsche



Möbel

Rassige, künstlerische, sehr preiswerte
neueste **WK** Modelle
in höchster Vollendung. Entwurf Prof. Griesser

Zwanglose Besichtigung
erbeten

Michaud

Georgiring 6 und 7